

jeweiligen Fortschritte und der Umsetzung der besonders strittigen Punkte des Volksgruppenschutzes. Da auf der Ebene des Europarates gegenwärtig die größten Fortschritte erzielt wurden, kann gut verglichen werden, inwieweit die Vorschläge bei den Neuerungen berücksichtigt wurden oder in Zukunft Berücksichtigung finden sollen. So wurde u.a. aufgrund der in diesem Buch dargestellten Vorschläge in der Empfehlung 1201 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates der Entwurf eines Zusatzprotokolls zur EMRK vorgelegt, der aber von den Regierungschefs des Europarates nicht angenommen wurde. Allerdings gibt es Bestrebungen, neben der bereits erfolgten Verabschiedung eines Rahmenabkommens über Volksgruppenrechte zumindest ein Zusatzprotokoll zur EMRK über einklagbare Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten im kulturellen Bereich zu erstellen, in dem viele der in den Vorschlägen intendierten Volksgruppenrechte wiederzufinden sein werden. Somit sind die Vorschläge immer noch von großer Aktualität.

Eine belebende Qualität geht besonders von den Diskussionsbeiträgen aus, die sich an jedes Referat anschließen. Durch viele kritische Fragen zu den Referaten werden die Probleme der geschilderten Themen transparenter, und der Referent muß in der Beantwortung der Fragen seine Position darlegen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es nicht nur, die Volksgruppenprobleme "auf den Punkt zu bringen", sondern die Gegenstände der Referate werden kritisch unter mehreren Aspekten untersucht.

Die Darstellung der Volksgruppenproblematik durch Referate und Diskussionsbeiträge knüpft an eine alte Tradition an, die 1925 durch die Europäischen Nationalitätenkongresse begründet wurde. Diese wurden einheitlich als positives Mittel gewürdigt, die Volksgruppen- und Minderheitenprobleme der Weltöffentlichkeit gegenwärtig zu machen und gelten auch heute noch als sehr lesenswert.

Matthias Weinberg

Dieter W. Bricke

Minderheiten im östlichen Mitteleuropa. Deutsche und europäische Optionen

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1995, 196 S., DM 39,--

Gegenstand dieser Untersuchung ist zum einen die Auswertung der bisherigen multilateralen Minderheitenpolitik auf allen relevanten Ebenen und die Erörterung der europaspezifischen Auswirkungen dieser Politik sowie zum anderen die Darstellung und kritische Bewertung der Minderheitenpolitik derjenigen Staaten im östlichen Mitteleuropa, die über sogenannte Europa-Abkommen auf mittlere Sicht die Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben. Schließlich werden Vorschläge für ein realistisches Konzept einer möglichst widerspruchsfreien Minderheitenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte Europas gemacht.

Die ersten beiden Problembereiche werden sehr detailliert und übersichtlich dargestellt. Unter stetiger Bezugnahme auf den Konflikt, daß die europäischen Staaten ihre nationale Identität sichern wollen und dieses Bestreben in Einklang bringen möchten mit dem Ziel, die Minderheit nicht zu isolieren oder zu diskriminieren, wird die Entwicklung des Minderheitenschutzes bis in die Gegenwart aufgezeigt und die gegenwärtige Praxis auf der multilateralen Ebene und der der einzelnen Länder erörtert. Hierdurch wird es möglich, die Problematik der Verwirklichung eines effektiven Minderheitenschutzes nachzuvollziehen.

Es werden die derzeitigen völkerrechtlich relevanten Normen im Rahmen der Vereinten Nationen, des Europarates, der Europäischen Union und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (nunmehr Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa [OSZE]) nach Betonung ihrer spezifischen Intention und ihrer Effektivität anschaulich hinsichtlich ihrer Schutzrichtung (individuelle Freiheitsrechte – objektive Gewährleistungen besonderer Individualrechte mit kollektivem Bezug) und der zu schützenden Rechte (z.B. Schutz der Sprache, Teilnahme am öffentlichen Leben) tabellarisch dargestellt. In diesem Zusammenhang werden einzelne bestehende Konflikte angedeutet (z.B. Fehlen einer einheitlichen Minderheitendefinition und der Nichtanerkennung von kollektiven Rechten) sowie der Streitstand dargestellt. Die Untersuchung erfolgt dabei unter mehreren Blickwinkeln. Es werden nicht nur die völkerrechtlichen Aspekte, sondern auch politische und sozialwissenschaftliche Gesichtspunkte mit der Intention angesprochen, das Zusammenspiel dieser Aspekte offenzulegen. Eine detaillierte Stellungnahme zu den aufgeworfenen Problemen erfolgt allerdings nicht immer im Anschluß an die jeweilige Erörterung, sondern wird zumeist erst in einem anderen Kontext oder nur teilweise vorgenommen, so daß die Argumentation nicht immer schlüssig bzw. schwer nachzuvollziehen ist.

Anhand der unterschiedlichen Betrachtungsweisen werden aber einige gute Lösungsoptionen für den Schutz der Minderheit aufgezeigt. So werden nicht nur die bisherigen Lösungsansätze, die in der Literatur zu finden sind, aufgegriffen, sondern es werden auch neue Lösungswege beschritten. So wird z.B. die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen (sog. non-governmental organisations) für den Minderheitenschutz aufgezeigt. Die dargestellten Lösungsansätze werden allerdings nicht hinreichend bezüglich ihrer Realisierungsmöglichkeiten erörtert.

Im einzelnen wird die Minderheitenpolitik in zehn Staaten des östlichen Mitteleuropas analysiert. Zunächst werden typische Gemeinsamkeiten in diesen Staaten und die Unterschiede in Form der divergierenden praktizierten Konzepte herausgearbeitet. Den sich anschließenden einzelnen Länderstudien wird ein für alle Länder geltendes Gliederungsschema vorangestellt, so daß die Untersuchung sehr transparent ist. Es fehlt im Rahmen dieser Darstellung lediglich eine kurze Zusammenfassung für jedes Land, denn hierdurch wäre ein Vergleich des erreichten Minderheitenschutzes in den einzelnen Ländern leichter möglich. Für die Leserinnen und Leser, die spezielle Informationen über ein bestimmtes Land erlangen möchten, sei auf die große Aktualität der Recherchen verwiesen. Neben der Wiedergabe der aktuellsten Zahlen hinsichtlich der Größe der einzelnen Minderheiten in den Staaten, die auch bisherige Schätzungen berücksichtigt und somit die Schwierigkeiten

exakter Angaben unterstreicht, wird insbesondere auch auf die Realisierung des Minderheitenschutzes durch dessen Verankerung in den Verfassungen und in bestehenden oder zumindest intendierten Minderheitengesetzen verwiesen. Als Beispiel sei hier die Republik Polen herausgegriffen. Die Option für die Verabschiedung eines Minderheitenschutzgesetzes wird angedeutet. Die Aktualität dieser Aussage zeigt sich darin, daß am 20. November 1995 dem Sejm ein Entwurf eines Minderheitengesetzes vorgelegt wurde.

Die dritte Zielsetzung des Buches, das Aufzeigen von Vorschlägen für eine realistische und effektive Minderheitenschutzpolitik der Bundesrepublik Deutschland in Europa, beinhaltet im wesentlichen die Postulierung einer Schlüsselrolle der Bundesrepublik Deutschland bei der Verwirklichung einer einheitlichen Minderheitenkonzeption im Rahmen der Europäischen Union, des Europarates und der OSZE. Konkret werden die Defizite der deutschen Minderheitenpolitik unter verschiedenen Gesichtspunkten erörtert und anhand eines umfassenden Aufgabenkataloges für eine deutsche Minderheitenpolitik eine Vorgehensweise aufgezeigt, die einen präventiven Schutz der Minderheiten ermöglichen soll, um hierdurch der teilweise destabilisierenden Praxis einiger Staaten in Osteuropa (Rumänien, Bulgarien) entgegenzuwirken. Auch in diesem Zusammenhang wäre allerdings ein Eingehen auf die Realisierbarkeit dieser Postulierungen geboten gewesen.

Insgesamt ist das Buch sehr informativ, übersichtlich und aktuell. Darüber hinaus werden neue Impulse für die Minderheitendiskussion gegeben.

Matthias Weinberg

Marcelo Neves

Verfassung und Recht in der peripheren Moderne – Eine theoretische Betrachtung und eine Interpretation des Falls Brasilien

Schriften zur Rechtstheorie, Heft 150

Duncker & Humblot, Berlin, 1992, 252 S., DM 118,--

Bei diesem Buch handelt es sich um die an der Universität Bremen vorgelegte juristische Dissertation des jungen Brasilianers Marcelo Neves. Die Studien der Mitglieder der im nordöstlichen Brasilien gelegenen traditionsreichen Rechtsfakultät von Recife, an der Neves lehrt, haben seit jeher ihren Schwerpunkt in rechtstheoretischen Studien gefunden, welche stets stark von der deutschen Rechtsphilosophie beeinflusst worden sind (z.B. Tobias Barreto, Clóvis Beviláqua, Pontes de Miranda, Pinto Ferreira, Lourival Vilanova). Der erste Teil des Buches entwickelt eine Betrachtung der modernen Lehren über die Positivierung des Rechts, insbesondere der Rechtstheorie Niklas Luhmanns, welcher übrigens auch die Einleitung zu der Arbeit geschrieben hat. Neves zeigt auf, daß nach dem Luhmannschen Konzept der Begriff der Rechtspositivität im Zusammenhang mit den Topoi Komplexität, Kontingenz, Zukunftsoffenheit, Selektivität und Stabilisierung einen umfas-